

Antrag

Initiator*innen: Jusos Sachsen

Titel: 2% des BIPs für Rüstung: „Nein Danke!“

Votum der Antragskommission

Konsens

Antragstext

1 *Der SPD Landespartei möge beschließen und an den Bundesparteitag*
2 *weiterleiten:*

3 Wir fordern die Bundesregierung und damit vor allem die Bundesminister, die der
4 SPD angehören, auf, sich auf dem nächsten NATO-Gipfel für die Abschaffung des
5 2%
6 Ziels der NATO einzusetzen.
7

8 Trotz der im Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU vereinbarten Kopplung
9 fordern wir die Bundesregierung auf, die 0,7% ODA-Quote unabhängig von der
10 Einhaltung der NATO-Quote ohne Anrechnung von Kosten für die Versorgung
11 Geflüchteter im Inland zu erfüllen.

12 Sollte die o.g. Forderung nicht umgesetzt werden können, sollen die
13 Rüstungsausgaben im Sinne eines positiven Dual-Use so friedlich wie möglich
14 eingesetzt werden, bspw. durch den Ausbau von zivil nutzbarer Infrastruktur, in
15 der Sanitätsabteilung des Militärs oder in die Cyber-Abteilung zur Förderung von
16 Open-Source-Software. Das bedeutet insbesondere, dass wir keinen zusätzlichen
17 Cent in Angriffswaffen, wie Flugzeugträger, Panzer und Drohnen investieren.

Begründung

- 18 • Sollte die Bundesrepublik wirklich 2% des BIPs für Verteidigung
19 ausgegeben, dann würde sie etwa 85 Mrd € ausgegeben. So würde
20 Deutschland zum Land mit dem drittgrößten Wehretat aufsteigen. Das ist
21 nicht hinzunehmen und mit unserer Geschichte nicht vereinbar.

- 22 • Im Haushaltsjahr 2019 gab Deutschland etwa 45 Milliarden Euro für
23 Verteidigung aus. Zum Vergleich: Für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
24 waren es nur etwa 12 Mrd. Euro und damit nur ein etwa Viertel des
25 hypothetisch erforderlichen Verteidigungsetats. Im extremsten Fall haben
26 wir also kein Geld für Frauenhäuser, aber Geld für Rüstung. Genau
27 solche extremen Unterschiede zeigen sich auch im Vergleich mit dem Bereich
28 Bildung und Forschung. Das kann einfach nicht sein!

- 29 • Die Absurdität einer rigiden 2%-Forderung zeigt sich gerade jetzt in der
30 Corona-Krise: Durch eine stagnierende Wirtschaft rückt das Ziel, 2% des
31 BIPs für Rüstungsausgaben auszugeben bei konstantem Wehretat näher denn
32 je. Ohne auch nur einen Cent mehr zu investieren könnte Deutschland das
33 Ziel also plötzlich einhalten. Das zeigt, wie wenig die Forderung an
34 einer faktischen Notwendigkeit ausgerichtet ist.

- 35 • Mit dem Zerfall der Sowjetunion und damit auch des Warschauer Paktes
36 wurden in den 1990er Jahren ehemalige Mitgliedstaaten der UdSSR/
37 Warschauer Paktes in die EU und auch in die NATO aufgenommen. Damit sollte
38 der Kontinent Europa sicherer gemacht werden. Dies ist auch gelungen. Bis
39 2014 hatte die NATO auch ein sehr gutes Verhältnis zu Russland (NATO-
40 Russland-Rat), doch mit der Annektion der Krim im Jahr 2014
41 verschlechterten sich die Beziehungen zu Russland. In diesem Klima wurde
42 das 2%-Ziel der Nato beschlossen. Man begründete diese Entscheidung
43 damit, dass Russland erwägen würde, ehemalige Sowjetrepubliken ebenfalls
44 zu annektieren. Die Aufrüstung innerhalb der NATO führte u.a. dazu, dass
45 sich in Russland zunehmend Nationalismus breit macht und sich die
46 Beziehung zwischen Russland, der USA und Europa insgesamt verschlechtert
47 haben.
48 Nachdem dies erkannt wurde, forderten und fordern inzwischen viele, sowohl
49 Bürgerinnen und Bürger auf beiden Seiten, dass die Kontakte zu Russland
50 wieder aufgenommen werden und damit die Beziehung bzw. Partnerschaft zu
51 Russland wieder gestärkt wird. Dies ist auch damit zu begründen, dass
52 die Beziehung zu den USA mit der Amtseinführung Donald Trumps schwieriger

53 geworden sind, was man leider auch durch die einseitige Kündigung des
54 INF-Vertrages oder des Open-Skies-Vertrages durch die USA sehen kann.
55 Zur Verbesserung der Beziehung ist keine Aufrüstung nötig, sondern
56 Diplomatie angebracht – denn Waffen bringen bekanntlich keinen Frieden.

- 57 • Das Etatrecht ist seit jeher ein essentielles Privileg der Parlamente. Das
58 gilt aus gutem Grund auch in Deutschland, und es gilt insbesondere auch
59 für das Verteidigungsbudget. Keine internationale Organisation und keine
60 Bundesregierung können dem Bundestag vorschreiben, wie hoch das Budget
61 für den Bereich Verteidigung sein soll.